
Parchim, den 03.01.2020

„Ratsarbeit modernisieren - Stellungnahme“

Sehr geehrter Bürgermeister Flörke,

wie bereits in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses angekündigt, haben wir noch einige Nachfragen bezüglich der Prüfergebnisse zur Drucksache AF/2019/012-02.

Vorbemerkung

Zuerst einmal lässt sich aus der Informationsvorlage heraus feststellen, dass es für die Nutzung des Ratsinformationssystems für die städtischen Gremien grundsätzlich keine (rechtlichen) Ausschlussgründe gibt.

Möglichkeiten bei den Stadtwerken Parchim

Dabei ist es bezüglich der SWP selbstverständlich, dass eine Implementierung nicht auf Grundlage eines Stadtvertreterbeschlusses erfolgen kann. Erforderlich scheinen lediglich die vorherige Anpassung des Gesellschaftervertrags und die Entschließung des Aufsichtsrats – beides sind formale Akte. Diese erscheinen sinnvoll und zweckmäßig, wenn bereits heute sowohl für die Umlaufverfahren als auch die Einladung und Verteilung der Sitzungsunterlagen E-Mails genutzt werden können. Gerade aus Datenschutzgründen sollte hier eine ALLRIS-Nutzung vorzuziehen sein, wenn man bedenkt, welche Sicherheitslücken bei der privaten E-Mailnutzung (beispielsweise bei Gmail-Accounts, web.de – Server weltweit verteilt etc.) gegeben sind. Zudem münden auch die städtischen Ausschüsse, die über ALLRIS geladen werden, in einer Einladungsmail an die Mandatsträger, so dass vielleicht auch hiermit den Anforderungen aus dem Gesellschaftervertrag genüge getan wird.

Vor allem aber für die kommunalen Aufsichtsratsmitglieder ergeben sich durch die bloße Übersendung per E-Mail Herausforderung in der (rechtssichereren) Ablage der Sitzungsunterlagen. Hier bietet ALLRIS eine hervorragende Archivierungs- und vor allem Sortierungsfunktion, so dass die Arbeit für die Mandatsträger vereinheitlicht und vor allem vereinfacht werden kann. Die Nutzung dieses Systems ermöglicht es auch, wahlperiodenübergreifend auf Unterlagen einfach und schnell zuzugreifen um so die Rechte und Pflichten als Aufsichtsrat angemessen wahrnehmen zu können.

Möglichkeiten bei der WOBAU Parchim

Bezüglich der WOBAU ist die Ablehnung des Aufsichtsrates aus "Kosten- und Aufwandsgründen" für uns zu allgemein und unkonkret. Wir fragen uns vor allem dazu, welche Kosten angesetzt wurden? Insofern bitten wir um Übersendung der Aufwands- / bzw. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Auch ist der Personalaufwand der Stadtverwaltung, die für die Gremienbetreuung als Ablehnungsgrund vorgebracht wird, ist nicht mit Daten und Fakten unterlegt. Hier wünschen wir uns anstelle von pauschalierten Ablehnungsgründen konkretere Ausführungen.

Allgemeine Fragen für die Einbindung der Aufsichtsräte

Deshalb folgender weiterführender Fragenkatalog:

- Wurde geprüft, ob die WOBAU Parchim in der vorhandenen ALLRIS-Lizenz der Stadt Parchim als eigenständiges Gremium abgebildet werden kann? Wenn ja, mit welchem Ergebnis und welchen Kosten?

- Wurde geprüft, ob die WOBau Parchim einen eigenständigen ALLRIS-Zugang erhalten kann, um die Sitzungsunterlagen selbstständig dort einzufliegen? Wenn ja, welche Anforderungen ergeben sich daraus technisch, rechtlich und organisatorisch. Welche Kosten sind damit verbunden?
- Wurde die Implementierung eines dementsprechenden Rechte- und Rollenkonzepts geprüft, die es ermöglicht den Anforderungen der unterschiedlichen Gremien Rechnung zu tragen? Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis?
- Wie hoch beziffert die Verwaltung den zeitlichen Aufwand, um für die Aufsichtsräte (WOBau und Stadtwerke) sowie für den EB Abwasserentsorgung Sitzungen und Ladungen in ALLRIS zu erstellen sowie die Protokolle hier abzubilden? Wurde in diesem Zusammenhang die Kostenerstattung für die entstehenden Aufwendungen geprüft?

Eigenbetrieb Abwasserentsorgung

Zum Eigenbetrieb Abwasserentsorgung lässt sich feststellen, dass die Änderung der Geschäftsordnung der Stadtvertretung vor dem Hintergrund der Vorteile des Ratsinformationssystems eigentlich eine logische Konsequenz sein sollte – selbstverständlich ausgehend von der Stadtvertretung. Die Ausführungen zur Gremienbetreuung sind auch in diese Fall zu allgemein gehalten. Vor allem scheint hier eine nicht ausreichende personelle Besetzung zu Lasten der ehrenamtlichen Mandatsträger zu gehen, zumal diese Begründung sich durch die gesamte Informationsvorlage zieht.

Weitere sich daraus ergebende Grundsatzfragen:

- Wie sichert die Stadtverwaltung Parchim derzeit den Sitzungsdienst (sowohl zentral als auch dezentral) ab bzw. Welche Stellen sind mit welchen Stellenanteilen hierfür vorgesehen?
- Welchen zusätzlichen Stellenanteil würde es erfordern, die drei Gremien (WOBau, Stadtwerke und Eigenbetrieb Abwasserentsorgung) mit in den allgemeinen Sitzungsdienst zu integrieren?

Nutzung privater Endgeräte / Beschaffung von iPads

Die Kostenaufstellung und der in Aussicht gestellte "wirtschaftliche Misserfolg" sind für uns nicht nachvollziehbar. Wenn man bedenkt, dass im Jahr 2017 39 iPads angeschafft wurden, können wir uns nicht erklären, inwiefern für die aktuelle Wahlperiode "in Größenordnungen entsprechende Endgeräte angeschafft wurden"? Da keine nennenswerte Vergrößerung der Gremien erfolgte, können wir uns diese (unkonkrete) Aussage nicht erklären. Abgesehen davon, dass die 2017er Geräte wahrscheinlich bereits vollständig abgeschrieben sind, können wir den "unnötigen finanziellen Aufwand" für die Stadt nicht erkennen, da die Endgeräte im Falle eines Austauschs gegen ein Privatgerät unproblematisch innerhalb der Stadtverwaltung genutzt werden könnten – gerade vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung.

Wir bitten deshalb um Mitteilung:

- Wieviele der im Jahr 2017 angeschafften Geräten sind derzeit noch in der Benutzung min der aktuellen Wahlperiode?
- Bis wann werden die Geräte haushälterisch „abgeschrieben“? Werden solche Kleingeräte in dem entsprechenden Wertumfang nicht bereits im Jahr der Anschaffung buchhalterisch abgeschrieben?
- Wurde die Möglichkeit geprüft, die nicht genutzten iPads innerhalb der Stadtverwaltung zu Digitalisierungszwecken zu nutzen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- Gab es dazu eine Gesamtbetrachtung im Sinne einer Digitalisierungsstrategie der Verwaltung? Wenn ja, dann bitten wir um Übersendung dieser.

**Fraktion
„Unabhängige Bürger für Parchim“**



Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die Vorliegenden Digitalisierungsbestrebungen der UBfP vor allem darauf abzielen, die Arbeitsweise der ehrenamtlichen Mandatsträger zu vereinfachen. Viele Ehrenamtliche sind neben ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen zudem noch mehrfach ehrenamtlich aktiv. Aus diesem Grund muss es in unseren Augen die Bestrebung der Verwaltung sein, den ehrenamtlichen Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern, den Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie den weiterhin entsandten Aufsichtsratsmitgliedern (zumeist in Personeneinheit) die Arbeit im politischen Ehrenamt weitestgehend zu vereinfachen. Insofern wünschen wir uns, dass der Prozess „Begleitung des Ehrenamtes“ vom Nutzer bzw. Endverbraucher aus gedacht und auf diesen ausgerichtet wird.

Christian Hermann
Fraktionsvorsitzender